

Dank für den gründlichen Bericht aussprechen, den sie über einen für unser Land höchst wichtigen Gegenstand erstattet hat. Ich kann nach den Erkundigungen, welche ich eingezogen habe, versichern, daß alle Umstände, welche angeführt wurden, auch begründet sind, und ich hätte nur gewünscht, daß die Deputation am Schlusse nicht durch diesen Umweg das Ziel zu erreichen gesucht hätte; denn ich glaube, die Gründe, welche von der Deputation so schlagend angeführt wurden, hätten sich geeignet, auch ohne einen solchen Umweg, auch ohne eine solche Nachfrage in den Nachbarstaaten einen günstigen Erfolg herbeizuführen. Ich würde daher der Kammer anrathen, auf den Grund dieser genauen Auseinandersetzung nicht erst einen solchen Umweg einzuschlagen, sondern die Staatsregierung sofort zu ersuchen, diesen Leuten Erleichterung zu gewähren.

Abg. Roux: Das erledigt sich dadurch, daß der Gegenstand in der I. Kammer kaum noch zur Berathung zu bringen sein wird.

Abg. Art: Ich glaube doch, daß wir uns dadurch in unserm Beschlusse nicht stören lassen können. Fühlen wir uns verpflichtet, für diese Leute etwas zu thun, so können wir uns durch diesen Umstand nicht abhalten lassen, und wir haben ja selbst Beispiele vorliegen, daß Petitionen, welche in der Kammer besprochen und zuletzt abfällig begutachtet wurden, dennoch zu einem erfreulichen Resultate geführt haben.

Abg. v. Thielau: Ich würde vorschlagen, daß bei dieser Petition der nämliche Weg eingeschlagen würde, den wir schon bei einer andern gewählt haben, nämlich diesen Bericht der Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben. Ich glaube, es ist das Einzige, was hier geschehen kann, und es wird doch der Zweck erreicht, den die Bittsteller haben.

Abg. v. d. Pforte: Ich würde doch wünschen, daß dazu gesetzt würde: „Geeignete Berücksichtigung“.

Abg. Damman: Ich glaube, daß allerdings die Grundsteuer herabzusetzen sei; denn es giebt Weinbergs-Grundstücke, die 500 Thlr. Grundsteuer zu zahlen haben, ohne daß der Complex des Grundstücks zu einer solchen Höhe der Steuer berechnete. Ueberdies kennt ja die Regierung schon den Uebelstand; sie hat schon gesagt, daß ihm abgeholfen werde, und in diesem Jahre ist die Weinsteuer sehr bedeutend; ich bin überzeugt, daß sie ein Paar Hunderttausend einträgt.

Vizepräsident: Dem ist schon widersprochen worden (vgl. Nr. 534. d. Bl. S. 6023.), und übrigens kann das zu unserer Beschlussfassung auch nichts beitragen; wir können nichts thun, als die Petition dem hohen Gesamtministerium zur Kenntnißnahme durch das Präsidium der Kammer unter Hinzufügung des Berichts zu überreichen.

Abg. Damman: Ich wollte nur bemerken, daß, wenn die Regierung weiß, daß diese Weinbauer arme Leute sind, und man will von solchen Leuten so große Summen nehmen, dieß doch sehr drückend ist.

Präsident: Wir können doch nichts weiter thun, als was der Abg. v. Thielau bemerkt hat.

Abg. v. d. Pforte: Ich glaube nur nicht, daß die Sache

auf eine Erkundigung zu stellen sei, wie es in Preußen ist. Wenn etwas in Sachsen unbillig ist, so hat man sich nicht nach dem zu richten, wie es in Preußen ist, sondern hat es in Sachsen abzustellen.

Abg. v. Thielau: Wenn es darauf ankommt, von Ungerechtigkeit und Unbilligkeit zu reden, so muß ich bemerken, daß diese nicht im Geringsten vorhanden ist. Eine Ungerechtigkeit würde erst dann bestehen, wenn die Besteuerung, welche zur Ausgleichung mit andern Ländern eingeführt wurde, höher oder niedriger wäre, als in diesen andern Ländern. Von Erhöhung und Minderung der Grundsteuer kann keine Rede sein und das einzige Motiv der Deputation ist, daß darüber Erkundigung eingezogen werde, ob in Preußen in Folge der Moststeuer ein Erlass an der Grundsteuer eingetreten sei. Würde sich herausgestellt haben, daß das nicht der Fall sei, so hätte die Deputation auf Abweisung angetragen.

Abg. v. d. Pforte: Es scheint gerade die Deputation den Grund herausgestellt zu haben, daß eine Ungleichheit hier vorwalte. Uebrigens freut es mich, daß die Deputation das Irrationale der directen Besteuerung neben der indirecten herausgehoben hat.

Abg. Sachse: Der Gegenstand ist sehr wichtig, denn er betrifft einen bedeutenden Theil der Bevölkerung. Ich muß bemerken, daß die Deputation in ihren Ansichten selbst getheilt war, und man sich endlich zu diesem Antrage vereinigte. Der eine Theil der Deputation war allerdings der Meinung, daß man ohne Rücksicht auf das, was in Preußen geschehen ist, auf Abminderung der Grundsteuer antrage; allein weil die Deputation alle dergleichen Gesuche bisher zurückgewiesen hat, und auch die Wendigung des Landtags in Erwägung zu bringen war, vereinigte man sich in diesem Antrage.

Abg. Hausner: Wenn der Grund, weil die Deputation früher so entschieden habe, müsse sie auch so fort entscheiden, consequent durchgeführt worden wäre, so würde ich beistimmen; aber es sind früher von ihr Grundsätze aufgestellt worden, von denen sie später wieder abging, und warum sollte das hier nicht möglich sein. Ich glaube, wir sind diesen Leuten schuldig, auf Abminderung der Steuern anzutragen. Auch darin kann kein Grund liegen, daß die Grundsteuer nicht geändert werde, indem der Staatsregierung freisteht, da, wo eine Ueberlastung stattfindet, die Grundsteuer zu reguliren.

Abg. Secr. Bergmann: Man mag hier eine Ansicht haben, welche man will, so kann bei dem gegenwärtigen Landtage etwas nicht geschehen, als was vom Vicepräsidenten vorgeschlagen wurde, und geschieht das nicht, so hat es den Erfolg, daß die Sache liegen bleibt und gar nicht an die Regierung kommt.

Abg. Claus: Meine Rede in diesen letzten Tagen gebührend beschränkend, kann ich doch nicht umhin, formell zunächst der Ansicht des Hrn. Secretairs mich anzuschließen, und im Allgemeinen mich für die Ansicht auszusprechen, welche der Abg. Art zu Anfang der Discussion vernahmen ließ. Demnach muß ich sagen, daß wir leider bei Ablauf unserer Wirksamkeit nur